

## **Antrag**

### **des Abgeordneten Friedrich Haag u. a. FDP/DVP**

#### **Die Auswirkungen des Klimaschutzgesetzes und insbesondere der Photovoltaikpflicht auf Bau und Wohnbau**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. von welchen durchschnittlichen Kostensteigerungen sie für ein typisches Einfamilienwohnhaus durch die Einführung der Solardachpflicht ausgeht;
2. inwiefern sie durch die Solardachpflicht eine Verschärfung des Wohnmarktproblems, einen Rückgang der Investitionen oder eine Verteuerung von Mietpreisen erwartet;
3. wie viele Einzel-Photovoltaikanlagen aktuell jährlich auf Dächern in Baden-Württemberg installiert werden;
4. von wie vielen zukünftig jährlich zu installierenden Einzel-Photovoltaikanlagen auf Dächern in Baden-Württemberg sie ausgeht;
5. inwiefern sie erwartet, dass diese Nachfragezunahme durch Installationsfirmen (insb. Elektro-Handwerker) bedient werden kann und welche preislichen Auswirkungen die Landesregierung für diese Installationsarbeiten erwartet;
6. inwiefern sie in der vorgesehenen begleitenden Verordnung zur Solardachpflicht vorsieht, bei Unwirtschaftlichkeit Hausbesitzer von der Solardachpflicht zu befreien (ähnlich der Regelung in Hamburg);
7. welche Erfüllungspflichten die Landesregierung bei der Photovoltaikpflicht vorsieht, insbesondere hinsichtlich der Frage von Konsequenzen bei Nichterfüllung der Pflicht, zeitlicher Rahmen bis zur Pflichterfüllung sowie mögliche Verzögerungen der Pflichterfüllung (bspw. aufgrund finanzieller Probleme, Lieferschwierigkeiten, o.ä.);
8. inwiefern sie plant, begleitend zur Solardachpflicht neue Förder- oder Kreditprogramme (bspw. über die L-Bank) aufzulegen, welche bei der Reduktion der enormen Erstinvestitionen für Photovoltaikanlagen helfen können;
9. inwiefern denkmalgeschützte Gebäude generell von der Solardachpflicht ausgenommen sein werden;
10. inwiefern sie plant, die Regelungen zum Denkmalschutz zu ändern, um mehr Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden zu ermöglichen;

26.07.2021 Haag, Dr. Schweickert, Dr. Jung, Birnstock, Fischer, Haußmann, Karrais, Reith, Scheerer, Weinmann

Begründung:

Die Novelle 2021 des Klimaschutzgesetzes sieht eine erhebliche Ausweitung der Photovoltaikpflicht vor. Der Antrag erkundigt sich vor diesem Hintergrund nach den Auswirkungen auf das Bauen, insb. den Wohnbau, sowie die geplanten konkreten Details der Umsetzung.